

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

2/XIX/100

Bonn, den 29. Mai 1984

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seiten:

Zeilen:

1 - 2 Ulbricht in Moskau 58

Ein Staatsbesuch, der auffällt

2 Glosses: "Sag mir, wo Europa ist ..." 38

Herr Dufhaes und die Europa-Politik der CDU

3 Hohe Auszeichnung 48

Ein Königin-Besuch von großer Bedeutung

4 - 5 23 Jahre war das Durchschnittsalter 72

Drei Tage lang diskutierten junge Gewerkschaftler
über Betrieb und Politik
Von Günter Hammer

6 Nicht so wie in Ägypten 52

Chruschtschow muß in Skandinavien
auf einen kühler Empfang gefaßt sein

Ulbricht in Moskau

Ein Staatsbesuch, der auffällt

sp - Wieder einmal ist der Zonendiktator Walter Ulbricht in Moskau zu einem Staatsbesuch eingetroffen. Als offizieller Grund für diese Reise wird in Pankow angegeben, man wolle "die engen freundschaftlichen Beziehungen zwischen der UdSSR und der DDR" unterstreichen.

Es fällt auf, daß weder in der Moskauer noch in den Pankower Vorlautbarungen zu diesem Staatsbesuch auch nur die geringste Andeutung enthalten ist, die darauf schließen lassen könnte, daß Ulbricht wieder einmal den "baldigen Abschluß eines Friedensvertrages" mit dem Kremlchef zu diskutieren gedenkt. Bei früheren Anlässen ähnlicher Art war das stets der Fall; ganz vorwitzige Journalisten und Parteiredner der SED hatten oft genug sogar angekündigt, nun werde der Separatfriede eine Realität.

Unter Berücksichtigung der ohne Zweifel zwischen Washington und Moskau beiderseits befürworteten Beruhigungspolitik im europäischen Raum, scheint der jetzige Staatsbesuch Ulbrichts - mindestens vor Moskau aus gesehen - eher dem Zweck dienen zu sollen, Pankow zu einer gewissen Zurückhaltung in der Deutschland- und möglicherweise auch in der Berlinfrage zu veranlassen. Es würde schlecht in den Rahmen z.B. des sowjetisch-amerikanischen Konsularabkommens und anderer zu erwartender Vereinbarungen passen, wenn Ulbricht nicht ein Mindestmaß an Fingerspitzenvermögen in diese für ihn sicher nicht sympathische Situation zeigte.

Möglicherweise ist sogar Ulbrichts letzter Brief an den Bundeskanzler mit der Aufforderung, sich auf den Weg zur Schaffung einer sogenannten Konföderation zu begeben, eine Art Alibi Pankows, mit dem Ulbricht in Moskau sagen wollte: "Seht her, ich bin ja garnicht so. Ich will ja, aber die in Bonn wollen nicht."

Natürlich wäre es verfehlt, Ulbrichts Staatsbesuch in Moskau deutscherseits mit Illusionen im Sinne einer tatsächlich und baldigen Auflockerung des Verhältnisses zwischen der Bundesrepublik und Mitteldeutschland beobachten zu wollen. Sicher wird in Moskau außer der deutschen Frage auch noch einiges andere besprochen werden, was möglicherweise für die Sowjets im Augenblick viel wichtiger ist, als das Schicksal des deutschen Volkes.

Von Pankow ist bekannt, daß man sich dort gegen eine Ausweitung der europäischen Politik und besonders gegen eine Formalisierung des Verhältnisses zwischen der Bundesrepublik und einigen Staaten des Ostblocks sträubt. Dies mit gutem Grund, denn Ulbricht weiß, daß jede Formalisierung im gesamteuropäischen Raum seine höchst überflüssige Position als vermeintlicher Schutzengel des Ostens gegen die angeblich militärischen und revanchistischen Bestrebungen der Bundesrepublik immer fragwürdiger erscheinen läßt.

Da man aber andererseits in Prag, Warschau und Bukarest kaum noch daran denkt, sich von Ulbricht bei der Formalisierung vor allem wirtschaftlicher Beziehungen zu Bonn stören zu lassen, und dies auch

gegenüber Moskau zu verstehen gegeben hat, wird Chruschtschow wohl oder Übel mit Ulbricht auch hierüber ein ernstes Wort zu reden haben.

Für Chruschtschow steht nicht nur die Glaubwürdigkeit seiner Zusage an die osteuropäischen Staaten, diesen größere Bewegungsfreiheit zu lassen, auf dem Spiel. Er muß auch darauf achten, daß er seine europäischen Freunde in der Auseinandersetzung mit Peking bei der Stange hält.

+ + +

Glosse:

"Sag mir, wo Europa ist ..."

Herr Dufhues und die Europa-Politik der CDU

H.B. - Die FRANKFURTER ALLGEMEINE - auch FAZ genannt - steht zu Recht oder zu Unrecht, in dem Ruf, diejenige Zeitung zu sein, die in den vergangenen Jahren nur ganz selten eine ihrer Meldungen denertieren mußte. So wird jedenfalls behauptet. In diesem speziellen Fall, um den es hier geht, wollen wir unterstellen, daß die Behauptung richtig ist.

In ihrer Ausgabe Nr. 121 vom 27. Mai 1964 meldete die FAZ in einem Bericht über den Verlauf der Sitzung des Bundesparteiausschusses der CDU, der geschäftsführende Vorsitzende dieser Partei, Hermann Dufhues, habe erklärt, die CDU müsse Schwierigkeiten in der Europa-Politik in Kauf nehmen, um das Vertrauen der Bauern zu erhalten.

Damit der tiefe Sinn dieses Ausspruchs des Herrn Dufhues auch jedem Leser klar wird, hat die FAZ die Erinnerung an die Bauern neben eine ebenso aufschlußreiche Erinnerung an die Arbeitnehmer und Heimatvertriebenen gestellt, bzw. die interessante Rede des Herrn Dufhues in diesen Sinne so zusammengefaßt.

- * Wörtlich heißt es: "Dufhues meinte, in der Arbeitnehmerschaft
- * seien noch große Reserven für die Union zu mobilisieren; er
- * unterstrich die Bedeutung der Arbeit unter den Vertriebenen.
- * Dufhues trat ferner dafür ein, Schwierigkeiten in der Europa-
- * Politik in Kauf zu nehmen, um das Vertrauen der Bauern zu
- * erhalten."

Natürlich ist es legitim, wenn sich eine Partei wie die CDU um Arbeitnehmer, Vertriebene und Bauern kümmert. Aber so unverblümt zu sagen, daß trotz aller großen und öffentlichen Schwüre, die man zugunsten einer aktiven Europa-Politik geleistet hat, nunmehr mit Rücksicht auf kommende Wahlen besagte Schwüre ungeschworen lassen sein will, zeugt doch von einem allzu klaffendem Abgrund zwischen Worten und Taten.

Wenn sich Herr Dufhues mit seiner Meinung in der CDU durchsetzt, wird man erleben, daß die gesamte CDU-Prominenz, besonders im Ausland, weiter so tut, als wolle sie Europa so schnell wie möglich integrieren, während für den Inlandsgebrauch hinter vorgehaltener Hand "um das Vertrauen der Bauern" geworben wird.

K a t ü r l i c h muß unsere Landwirtschaft wettbewerbsfähig bleiben; auch in einem integrierten Europa! Aber nicht mit **e i n e m** Augenblinzeln im Ausland und mit einem **a n d e r e m** in Deutschland.

Da bleibt nur noch übrig, mit Marlene Dietrich zu singen: "Sag mir, wo Europa ist ..."

+ + +

Hohe Auszeichnung

Ein Königin-Besuch von großer Bedeutung

Der - Königin Elizabeth von Großbritannien wird mit Prinzgemahl Philipp im Mai kommenden Jahres die Bundesrepublik besuchen - gewiß ein noch vor wenigen Jahren unvorstellbares Ereignis. Königin Elizabeth und ihr Gefolge können eines triumphalen Empfanges sicher sein, ist doch dieser Besuch ein Zeichen dafür, daß nun auch zwischen Deutschen und Briten die Kluft geschlossen wird, die zwei Weltkriege zwischen beiden Völkern aufgerissen hat, Völker von gemeinsamem Abstammung, aber verschieden geprägt durch Geschichte und Tradition. Das Mißtrauen gegen das neue Deutschland, gegen die neue deutsche Demokratie macht sich zwar in gewissen Teilen der britischen Öffentlichkeit gelegentlich in explosiven Ausbrüchen Luft; die von Lord Beaverbrook beherrschte Presse lebt geradezu davon, Falsch wäre es aber von unserer Seite, dies zu überschätzen.

Der pragmatische Sinn der Briten hat längst erkannt, daß das deutsche Volk von heute eben nicht gleichzusetzen ist mit dem Volk, mit dem es zwei Weltkriege auszufechten hatte. Eine wachsame öffentliche britische Meinung verfolgt recht aufmerksam die innerdeutsche Entwicklung, sie registriert mit besonderer Genugtuung die Gefühls- und Gedankenwelt der jungen deutschen Generation, dem Träger der Verantwortung von Morgen. Das Bild vom herrschsüchtigen stets zum Krieg bereiten, jeder Autorität blind folgenden Deutschen, beliebter Stoff britischer Karikaturisten, ist verblaßt, es findet in der deutschen Wirklichkeit keine Rechtfertigung! Eine realistischere Einstellung hat Platz gegriffen.

Die Bundesrepublik und Großbritannien sind durch vielfältige Bande miteinander verbunden. Interessenkollisionen wie wir sie in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts erlebten, sind nicht mehr denkbar. Deutsche und Briten sitzen heute, alles in allem genommen, in einem Boot. Jede ernsthaftige Gefährdung des Weltfriedens rückt beide Völker noch näher zusammen und führt sie zu gemeinsamem Handeln. Englands Existenz als Industrienation hängt genauso wie die der Bundesrepublik von einem gesicherten Frieden und von einem weltoffenen Handel ab. Daß die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) zu einem exklusiv-Club wird, der sich von der Auserwelt absperrt, keine Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten erstrebt, das können weder Deutsche noch Briten wollen.

Die Zeit für einen Zusammenschluß aller europäischer Völker ist noch nicht gekommen, doch mächtige Strömungen zielen in diese Richtung. Der jetzige Stillstand in der Europa-Politik wird jedoch zu überwinden sein. Europa ist nicht denkbar ohne die aktive Mitarbeit des britischen Inselreiches mit seinen weltweiten Verbindungen und reichen Erfahrungsschatz. Der Besuch der britischen Königin bedeutet eine Anerkennung der Leistungen der neuen deutschen Demokratie, in ihm kommt das gewandelte Verhältnis beider Völker zueinander zum Ausdruck und die Überwindung einer schreckensvollen Vergangenheit. Das Gemeinsame ist heute stärker als das Trennende, Deutsche und Briten fühlen sich als Mitglieder einer europäischen Familie, dazu bestimmt, in schlimmen wie in guten Zeiten miteinander auszukommen und auszuharren.

+ + +

23 Jahre war das Durchschnittsalter

Drei Tage lang diskutierten junge Gewerkschafter
über Betrieb und Politik

Den folgenden Bericht lasen wir in der WESTFÄLISCHEN
RUNDschau. Er stammt von Günter H a m m e r, und gibt
eindrucksvoll wieder, was heute junge Gewerkschafter be-
wegt. - Die Redaktion

Dreiundzwanzig Jahre betrug ihr Durchschnittsalter. Der jün-
gste war 17, der älteste - als Delegierter für einen Gewerkschafts-
jugendtag schon recht angejährt - 38 Jahre alt. Aber im Mittel-
schnitt lagen die jungen Bergleute, die in der eleganten Mercator-
halle in Duisburg drei Tage lang diskutierten, goldrichtig. Mit
Dreiundzwanzig, möchte man sagen, fängt das Kongreßleben erst an.

Man hätte ihnen auch auf dem Sportplatz oder beim Tanz begeg-
nen können. Junge Leute mit César-Frisuren, Anzügen im Twer-Schnitt,
lässig in den Gesten! Sie wollen nicht anders sein als ihre Alters-
genossen. "Es ist nicht gut", sagte ein junger Mann mit nahezu wei-
sem Unterton, "wenn politische Menschen sich als eine besondere Sor-
te fühlen". Diskussion ohne Pathos mit großer Sachkenntnis

Obwohl einige erfreuliche Besonderheiten nicht zu leugnen wa-
ren. Zum Beispiel das Interesse für die Bücherstände, die in den
Wandgängen aufgebaut waren; und hier wieder der Griff nach der
politischen Literatur. Oder die ausgezeichnete Kenntnis der parla-
mentarischen Spielregeln. Das mag mit auf die Sicherheit und den
geschliffenen Stil der jungen Führungsgarnitur zurückzuführen sein.
Aber auch manch einer der weniger routinierten Delegierten zeigte
sich erstaunlich souverän in der Diskussion.

Was sie alle gemeinsam haben, die Erfahrenen wie die Neulinge,
war der Hang zur nüchternen Sprache. Pathos war weit weniger
gedrückt als Sachkenntnis. Überdies wurde die Redezeit mit einer
Sparsamkeit angegangen, als müßte jedes Wort bezahlt werden. Was
sich auf diesem Sektor, sich in der Diskussion kurz zu fassen, ab-
spielte, verdient nachgerade ein Kompliment. Zum Beispiel zählte
ich während einer Diskussion um einen der 62 Anträge acht Sprecher,
die ihr Redepensum in der verblüffenden Zeit von insgesamt 15 Mi-
nuten absolvierten.

Vom Arbeitsplatz zur hohen Politik

So nüchtern wie im Ton war man auch in der Sache. Der Arbeits-
platz zum Beispiel spielte eine hervorragende Rolle auf diesem sie-

ten Gewerkschaftsjugendtag der IZ Bergbau und Energie. Es wurde keineswegs fröhlich und bunt in den hellen Tag hineinpolitisiert, sondern sorgfältig dosiert und abgegrenzt: Mal der Betrieb mit seiner Vielfalt an Problemen, mal die hohe Politik. Wie sachbezogen die jungen Leute ihre Umwelt sehen, zeigte sich daran, daß die Nachwuchsorgen im Bergbau zum beherrschenden Thema dieses Kongresses aufrückten. Daß man schließlich auch seine politischen Schlußfolgerungen aus der derzeitigen Misere zog und die jetzige Eigentumsform als wirtschaftlich untragbar darstellte, hat seine Ursache in der Verzahnung wirtschaftlicher und politischer Vorgänge.

Gegen Links- und Rechtsradikalismus

Nicht nur vom Auftreten, auch von der Terminologie und dem Inhalt der Anträge her muß der Einfluß radikaler Gruppen in der Bergbaujugend als Null angesehen werden. Man distanzierte sich nämlich ebenso scharf und einstimmig nach links wie nach rechts. Allerdings nach rechts hin mit besonderem Nachdruck, weil, wie die jungen Leute meinten, die Gefahr des Radikalismus in der Bundesrepublik zu einseitig gesehen wird. Die Beispiele Oberländer, Seetohn, Zech-Henntwick und ähnliche haben offensichtlich alarmierend gewirkt. "Wie ist das möglich", sagte ein junger Mann, "daß dieser Mister Hoggan bei uns in solcher Weise auftreten kann und geehrt wird."

Sie wollen Europa

Der Kongreß stand unter dem Leitwort "Europa". Man beschwor diese europäische Einheit immer wieder, allerdings unter anderen Vorstellungen als sie uns von manchen der sogenannten "Berufseuropäer" bekannt sind. Ein besonderes Anliegen brachte man auch dem jungen Staat Israel entgegen. "Wir müssen Israel endlich diplomatisch anerkennen", wurde nachdrücklich gefordert.

Zum Thema Europa, wie man es sich wünscht, zählt nach Ansicht der jungen Gewerkschafter die Arbeit des deutsch-französischen Jugendwerkes in Rhöndorf. Man forderte den Abbau des bürokratischen Wasserkopfes. Dieses Geld, so meinten die Delegierten, müsse dem Jugendaustausch, dem eigentlich Zweck also, zugeführt werden.

Außerdem wurde scharf gerügt, daß die jungen Arbeiter gegenüber dem akademischen Nachwuchs benachteiligt würden. "So", sagte ein Delegierter, "soll das künftige Europa nicht aussehen."

Nicht so wie in Ägypten

Chruschtschow muß in Skandinavien
auf einen kühlen Empfang gefaßt sein

W.R. - Oslo

Nikita Chruschtschow wird vom 17. bis 22. Juni Dänemark, vom 22. bis 27. Juni Schweden und anschließend bis zum 2. Juli Norwegen besuchen. Das Besuchsprogramm steht inzwischen fest. Danach sollen politische Gespräche, die etwa die Ostsee als "Friedensmeer" betreffen und eine atomwaffenfreie Zone Nordeuropas einschließen, höchstens am Rande berührt werden. Die skandinavischen Staatsmänner haben nicht vor, ihre bereits hierzu feststehende Haltung erneut im Detail darzulegen und im Sinne von Chruschtschow zu ändern.

Im Zentrum dieses Besuches werden vielmehr Fragen stehen, die mit der gegenseitigen Handelspolitik zusammenhängen. Die Sowjetunion ist daran interessiert, landwirtschaftliche Veredelungsprodukte aus den drei Staaten zu beziehen und möchte auch spezielle technische Anlagen bekommen. Es kommt jetzt darauf an, auch festzulegen, an welchen russischen Erzeugnissen die Skandinavier interessiert sind. Dänemark möchte Erdöl und Kohle für sein in der Expansion befindliches Kraftwerknetz bekommen. Zweifelloch wird der Besuch den Erfolg einer Ausweitung des Handels zwischen Skandinavien und Rußland zeitigen.

Bei alledem wird Chruschtschow aber nicht damit rechnen können, daß man ihn so bejubelt, wie es jüngst in Ägypten der Fall gewesen ist. Die Skandinavier sind nüchtern und real. Sie halten von Staaten, in denen nur eine Partei zugelassen ist, wenig. Man weiß zwar im Norden Europas so gut wie woanders, daß in Rußland die Stalin-Ära vorbei ist. Man kennt aber viel zu gut die Vorteile der eigenen modernen Staatsform, um nicht zu wissen, welche Nachteile auch eine noch milde Diktatur für den Bürger mit sich bringt.

Die für Chruschtschow vorgesehenen Sicherheitsvorkehrungen sind enorm. Auf dem Schloß Haga bei Stockholm wird er von hundert schwedischen Geheimpolizisten außer den eigenen bewacht und jede Nacht dort untergebracht. In Kopenhagen wird es nicht anders sein. Er fliegt jede Nacht in das SAS-Hotel Royal zurück und wird auch hier schärfstens bewacht. Schon diese Tatsache hat für die Skandinavier eine gewisse Dramatik, denn bei ihnen pflegen Könige und Minister zu Fuß durch die Stadt zu gehen, und noch nie wurde dort ein Regierungschef mit Blaulicht und Martinshorn transportiert und von Geheimpolizisten besonders abgeschirmt.

Chruschtschow muß sich auf einen kühlen Empfang gefaßt machen. In Norwegen hat das sogenannte "Juni-Komitee", das aus angesehenen Wissenschaftlern, Literaten, Journalisten und Juristen besteht, die Bevölkerung aufgefordert, sich von öffentlichen Plätzen fernzhalten, wenn Chruschtschow kommt. Niemand solle den Gast feiern, aber auch nicht gegen ihn demonstrieren. In dem Aufruf heißt es: "Alle Norweger wünschen, mit Norwegens Nachbarn im Osten in Frieden zu leben, aber wirklicher Friede wird erst dann erreicht, wenn alle Menschen die Freiheit haben."

Ähnlich verhält es sich in Schweden. Die exilbaltischen Organisationen wollen Chruschtschow eine Liste von rund 3 000 Esten, Letten und Litauern überreichen, denen die Regierung in Moskau nach wie vor die Ausreise nach Skandinavien verweigert, wo ihre Angehörigen leben. Sie flohen damals, als Rußland das Baltikum besetzte. Der angesehene schwedische Wissenschaftler, Professor Birger Nerman, bereitet mit seinem Komitee in Stockholm eine Versammlungswelle vor, die Chruschtschow an das Recht der Freiheit der Persönlichkeit mahnen soll.